„Das ist das Land, in dem wir leben wollen“

Ehemalige Bürgerrechtsaktivisten aus der DDR und aus Osteuropa wenden sich in einem offenen Brief an die deutsche Bundeskanzlerin. Sie bezeugen Angela Merkels Flüchtlingspolitik Respekt: Das ist das Deutschland, das sie sich gewünscht haben.



Foto: AFP / Odd Andersen

Asylsuchende in der Horst-Korber-Sporthalle im Olympiapark in Berlin am 23. Oktober. Kanzlerin Angela Merkel bekommt auch Zuspruch für ihre Flüchtlingspolitik.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

wir unterstützen Ihre Politik der offenen Grenzen. Wir unterstützen Ihre Flüchtlingspolitik und Ihren Einsatz um der Menschen willen. Mit größtem Respekt sehen wir Ihre feste Haltung zur Aufnahme asylsuchender Flüchtlinge bei uns in Deutschland.

Ein Volk, wie das unsere, das in die Geschichte der Welt eingeschrieben ist als Land von Vertreibung und Ermordung eines Teils seiner Bevölkerung und von Teilen der Bevölkerung seiner Nachbarländer, öffnet 70 Jahre nach dem Holocaust seine Grenzen und rettet Menschen aus Not und Tod. Bürgerinnen und Bürger helfen Flüchtlingen. Das ist das Land, in dem wir leben wollen, von dem wir geträumt haben.

Erst 25 Jahre liegt es zurück, dass wir selbst hinter Zäunen, Stacheldraht und Mauern eingesperrt waren. Wir gehörten damals zur Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung in der DDR und Osteuropa. Wir haben damals viel diskutiert über die Frage „Ausreisen oder Bleiben“. Die Flucht zu versuchen, das war damals eine verzweifelte Option für viele hinter dem Eisernen Vorhang eingesperrte Menschen. Die großen Demonstrationen in Leipzig haben im September 1989 begonnen mit der Forderung nach einem offenen Land mit freien Menschen. Wir können und wollen heute Menschen, die ihre Freiheit suchen, die ihr Leben und das ihrer Familien retten wollen, nicht an unseren Grenzen ertrinken lassen. Wir wollen keine Zäune errichten, die wir für uns selbst vor mehr als 25 Jahren niedergerissen haben.

Zusammengewachsene Welt

Wir merken, dass wir Menschen auf der Welt nicht mehr ganz so einfach wie bisher nach Nationen, in Deutsche/EU-Bürgerinnen und in Fremde unterteilen können. Denn die Welt ist in den letzten 25 Jahren zusammengewachsen, die Menschen sind sich über nationale Grenzen hinweg näher gekommen. Es ist unlauter, die Globalisierung von Waren, Kapital und Dienstleistungen zum Vorteil der Exportstarken zu nutzen und gleichzeitig Menschen zu reglementieren. Die Welt ist keine Einbahnstraße mit unterschiedlichen Rechten für unterschiedliche Menschen.

Es ist kein Verdienst, in Deutschland geboren worden zu sein. Es ist ein zufälliges Privileg, das wir nicht unter uns aufteilen, sondern mit anderen teilen sollten. Wir werden in Zukunft mehr, viel mehr aufwenden müssen, um die Fluchtursachen von Menschen – Krieg, Unterdrückung, Hunger, Zerstörung der Lebensvoraussetzungen durch Dürre oder Flut – gemeinsam zu bekämpfen, und unseren eigenen Anteil daran auf den Prüfstand stellen.

Vielfalt als Zugewinn

Allen Menschen, die sich sorgen, weil mit den Flüchtlingen andere Lebensstile und Religionen in unser Land kommen, wollen wir sagen, dass es wichtig ist, miteinander zu sprechen, statt Angst zu schüren. Es kommt auch auf uns an, ob Vielfalt ein Zugewinn wird, der unser starkes Land schöner machen wird und der uns tagtäglich helfen wird, besser zu verstehen, dass Nächstenliebe in unserer globalisierten Welt nicht mehr an nationale Grenzen gebunden ist.

Wir damaligen Bürgerrechtler haben unterschiedliche politische Meinungen. Wir appellieren aber gemeinsam an unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen, an Politik, Wirtschaft und Medien, dass die noch offenen Fragen der Organisation und Integration der bei uns Schutz suchenden Flüchtlinge nicht, wie das jetzt leider geschieht, zu einem Grund für Abgrenzung werden. Wir verkennen nicht, dass manche Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge an Grenzen stoßen. Wir verkennen nicht, dass auch in Deutschland Menschen mehr Zuwendung und Hilfe brauchen und sie Ängste äußern. Wir wenden uns allerdings entschieden gegen jede Form von verbaler oder physischer Gewalt und gegen Hasstiraden.

Wir setzen auf die unzähligen Zeichen von Hilfsbereitschaft und Solidarität. Wir appellieren an Politik, Wirtschaft, Medien, die Zivilgesellschaft – an alle Menschen guten Willens –, die derzeitigen Herausforderungen als gesamtgesellschaftliches Anliegen anzunehmen.

Europa soll keine Insel werden. Das ist unsere gemeinsame Herausforderung und Verantwortung: „Für ein offenes Land mit freien Menschen.“

Katrin Hattenhauer (Berlin, ehemals Leipzig)

und 46 Erstunterzeichner:
Prof. Dr. Susan Arndt, Bayreuth
Agnes Berkemeier, Leipzig
Stephan Bickardt, Leipzig
Dr. Martin Böttger, Zwickau
Till Böttcher, Berlin
Frank Eigenfeld, Halle
Tim Eisenlohr, Amrum
Renate Ellmenreich, Joachimsthal
Anke Hansmann, Braunschweig
Michael Heinisch, Berlin
Martin Hartkopp, Berlin
Axel Holicki, Leipzig
Almut Isen, Berlin
Gisela Kallenbach, Leipzig
Ines-Maria Köllner, Leipzig
Oliver Kloss, Leipzig
Dr. Ilko Kowalczuk, Berlin
Rainer Kühn, Leipzig
Uwe Lehmann, Berlin
Katharina Lenski, Jena
Christoph Leucht, Berlin
Heiko Lietz, Güstrow
Kathrin Mahler-Walter, Berlin
Antje Meurers, Dresden
Barbara Morgenroth, Themar
Arnd Morgenroth, Themar
Rainer Müller, Leipzig
Wolfgang Musigmann, Erfurt
Hildigund Neubert, Limlingerode
Dr. Erhart Neubert, Limlingerode
Bernd Oehler, Meißen
Gisela Pohler, Leipzig
Georg Pohler, Leipzig
Ulrike Poppe, Potsdam
Grit Poppe, Potsdam
Lothar Rochau, Halle
Peter Rösch, Berlin
Wolfgang Rüddenklau, Berlin
Corinna Schmidt, Erfurt
Werner Schulz, Berlin
Dr. Rita Sélitrenny, Leipzig
Barbara Sengewald, Erfurt
Matthias Sengewald, Erfurt
Matthias Voigt, Berlin
Reinhard Weißhuhn, Berlin
Christoph Wonneberger, Leipzig

DAS AKTUELLE **BUCH**

Am Wirtshaustisch der Intellektuellen

Leicht hatte er es ja nie, der Neoliberalismus. Dabei meinte er es nur gut. So plädierten dessen Gründungsväter in den späten 1930er-Jahren für eine Regulierung der Finanzmärkte – eine Lehre aus der Weltwirtschaftskrise. Klassisch Liberale hielten das für Sozialismus. Ein Vorwurf, der Neoliberalen heute erspart bleibt. Der Begriff Neoliberalismus ist heute eine Art Pumpgun, die im Kampf um die Deutungshoheit im intellektuellen Diskurs alles niedermäht, das der Umverteilung von oben nach unten im Wege steht.

Scharf geschossen wird auch im soeben erschienenen Buch *Neoliberalismus*. Demzufolge haben wir es mit einer Seuche zu tun, die sich nahezu unerkannt in allen Bereichen unseres Lebens ausgebreitet hat, wie Herausgeber Gerfried Sperl beklagt. Das Werk hält, was Sperl im Editorial verspricht. Es ist ein 109 Seiten langer Schauprozess, ohne Verteidigung. Das beschleunigte Verfahren nimmt dem Buch zwar die Spannung, was nicht heißen soll, dass es langweilig sei. Es gibt viel zu erfahren. Zum Beispiel, dass nicht nur jede Steuersenkung neoliberal ist, sondern auch die Frauenquote. Erst recht die künstliche Befruchtung.

Philipp Ther wiederum entlarvt die Wiener Gemeindebauten als Hort des Neoliberalismus. Dieser steht also nicht nur für ungezügelte Märkte, sondern auch für abgeschottete. Das ist neu. Mariana Mazzucato beschreibt, dass innovative Bereiche der Wirtschaft oft auf staatlich finanziertem Fundament stehen. Lesenswert. Wie auch der Beitrag von George Packer. Sowohl im Original als auch in der von Sperl übersetzten Version. Da wird aus einer konservativen Kritik am Verfall der Sitten und Werte eine Generalvernichtung des Neoliberalismus.

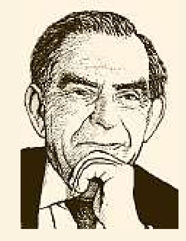
Dieses Buch ist ein Muss für jene, die schon immer vermutet haben, wie schön diese Welt ohne Neoliberalismus sein könnte. Alle anderen werden bei ihrem Abstecher an den Wirtshaustisch der Intellektuellen interessante Einblicke gewinnen.

Franz Schellhorn, Leiter der wirtschaftsliberalen Denkfabrik Agenda Austria

Gerfried Sperl (Hg.), „Neoliberalismus“. Reihe Phoenix. € 14,00 / 112 Seiten. Czernin-Verlag, Wien 2015

PAUL LENDVAI

Der neue Ostblock



In zwei Interviews anlässlich der Herausgabe seiner Erinnerungen hat der bedeutendste Journalist Österreichs (und mein erster Freund in Wien), Hugo Portisch, am Sonntag die Haltung der exkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas in der Flüchtlingskrise mit beispielloser Schärfe kritisiert. „Die Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn sind nicht solidarisch. Sie sind in eine Solidargemeinschaft gegangen, um abzukassieren. (...) Europa ist für sie eine Melkkuh. Das ist die größte Gefahr für unser Europa.“ *(Presse)* „Die osteuropäischen Politiker (...) machen Politik im Ostblockstil. Die anderen sollen blechen, und wir machen unser eigenes Spiel. Sie bekommen noch immer Zahlungen, die von anderen Europäern geleistet werden. (...) Aber jetzt, wo es darum geht, dass sie, diese Staaten etwas für Europa tun, fragen sie, wieso.“ *(Kurier)*

Im Gegensatz zu den banalen Aussagen über die Errichtung von Zäunen an den Grenzen als Patentlösung hat Hugo Portisch seinen Finger auch diesmal auf die Wunde gelegt: die fehlende Solidarität in der EU bei der bisher vielleicht härtesten Probe in ihrer Geschichte. In diesen Rahmen fügt sich auch das Trauerspiel zwischen Ungarn, Serbien, Kroatien und Slowenien bei dem „Durchwinken“ der Flüchtlinge.

Bei der Verweigerung der Solidarität und der elementaren Regeln der Zusammenarbeit sowohl zwischen EU-Mitgliedsstaaten wie auch zwischen Nachbarländern sind die politischen Etikettierungen völlig nebensächlich. Der sich als Sozialdemokrat bezeichnende slowakische Ministerpräsident Robert Fico spielt auf der gleichen nationalistischen, fremdenfeindlichen und EU-kritischen Klaviatur wie der angeblich christdemokratische Viktor Orbán in Budapest, der kürzlich gewählte nationalkonservative polnische Staatspräsident Andrzej Duda und der sozialistische kroatische Regierungschef Zoran Milanović.

Verblüffend wirkt für die Freunde der Heimat von Václav Havel die von dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte und von Vertretern der Zivilgesellschaft scharf kritisierte ausländerfeindliche Haltung der tschechischen Regierung. Die detailliert aufgezählten Verstöße gegen die Menschenrechte bei der Behandlung der Flüchtlinge und die UN-Kritik an „fremden- und islamfeindlichen Äußerungen“ von Präsident Miloš Zeman sind durch Regierungssprecher als versteckte Antwort auf die Ablehnung von verbindlichen Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU zurückgewiesen worden. Die ablehnende Flüchtlingspolitik spiegelt freilich die Einstellung der Bevölkerung. Anfang September sprachen sich nur neun Prozent der Befragten für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Flüchtlingen aus.

Der überwältigende Rechtsruck in Polen, trotz großer wirtschaftlicher Erfolge der abgewählten liberalkonservativen Regierung, ist eine Hiobsbotschaft für das europäische Großexperiment der deutschen Ausnahmepolitikerin Angela Merkel und bedeutet zugleich einen weithin sichtbaren Auftrieb für einen neuen Ostblock, geführt von Scharfmachern, wie Jarosław Kaczyński, dem starken Mann der siegreichen Oppositionspartei PiS in Warschau, und Viktor Orbán, dem zündelnden Prediger der nationalen Abschottung in Budapest.